

FÜR CHANCENGLEICHHEIT - GEGEN BILDUNG NUR FÜR REICHE**FÜR BAFÖG UND BILDUNG - GEGEN BILDUNG NUR FÜR REICHE****AUFRUF ZUR BUNDESWEITEN BAFÖG-DEMONSTRATION VON VDS UND KdLSV**

Mitte Dezember soll der Haushalt 83 verabschiedet werden. 14 Mrd. DM sollen bei den Sozialleistungen eingespart werden, während der Rüstungshaushalt erneut um Milliarden steigt.

Schüler und Studenten sind von der "Operation 83 besonders hart betroffen.

Das BAFÖG für 520.000 Schüler soll im Schuljahr 83/84 fast völlig abgeschafft werden, das BAFÖG für Studenten soll im Wintersemester 83/84 auf Volldarlehen umgestellt werden.

Damit geht die CDU/CSU/FDP-Regierung daran, die wichtigste bildungspolitische Reform der siebziger Jahre zu zerschlagen. Hunderttausende jungen Menschen wird so der Zugang zu weiterführender Bildung an Schulen und Hochschulen verbaut, hunderttausende junger Menschen werden um ihre Zukunftschancen gebracht. Durch den BAFÖG-Kahlschlag wird das Recht auf Bildung mit Füßen getreten.

KAHLSCHLAG BEIM BAFÖG FÜR SCHÜLER DAS BEDEUTET:

- 450.000 der 520.000 bisher geförderten Schüler fallen vollständig aus der Förderung heraus, darunter faßt alle 305.000 geförderten Schüler an beruflichen Bildungseinrichtungen.

- für die 75.000 übrigbleibenden Schüler wird der Bedarfssatz von gegenwärtig 275,- DM auf 200,- DM gesenkt, der Elternfreibetrag wird von 1.400,- DM auf 1.100,- DM heruntergeschraubt.

- weit über die Hälfte der geförderten Schüler sind Arbeiterkinder. 80% stammen aus einer Familie mit weniger als 2.000,- DM Nettoeinkommen und sind auf das BAFÖG dringend angewiesen. Der BAFÖG-Kahlschlag trifft somit die ohnehin sozial Benachteiligten.

- die Anzahl der Geförderten im Zweiten Bildungsweg wird halbiert. Über 30.000 fallen aus der Förderung heraus. Die Förderung wird von bisher 12 Monaten pro Jahr auf 11 Monate gesenkt.

UMSTELLUNG DES STUDENTENBAFÖG AUF VOLLDARLEHEN DAS BEDEUTET

- der Schuldenberg nach dem Studium steigt von bisher 9.000,- DM auf über 40.000,- DM. Dies ist angesichts der unsicheren Berufsperspektive nach dem Studium untragbar.

- nach Berechnungen des Infra-Test-Instituts wären sofort 150.000 Studenten gezwungen, ihr Studium abzubrechen.

- 40.000,- DM Schulden am Ende des Studiums, das heißt: 20 Jahre lang müssen 170,- DM monatlich zurückgezahlt werden.

- für 60% der Arbeiterkinder an den Hochschulen ist das Bafög die wichtigste Einnahmequelle. Der zu erwartende Schuldenberg durch die BAFÖG-Umstellung würde dazu führen, dass der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen von gegenwärtig 14% auf 6% fallen würde, auf den Stand von 1960.

BAFÖG-KAHLSCHLAG TRIFFT ARBEITERFAMILIEN

Für viele Arbeiterfamilien ist das Bafög ein wichtiger Bestandteil zur Sicherung der Lebenshaltung. Sie sind auf das Bafög angewiesen. Der Bafög-Kahlschlag hat für viele Familien katastrophale Folgen. Dazu zwei Beispiele: Bei Familien mit zwei Kindern und bei einem durchschnittlichen Einkommen von monatlich 1560,- DM wird ein Verlust von 550,- DM beim Monatseinkommen eintreten; das entspricht 26% des bisherigen Monatseinkommens. Bei einer Witwe mit Rente, deren Tochter Bafög bekommt, und die ein Nettoeinkommen von 835,- DM hat wird der Verlust 200,- DM betragen, also ein Fünftel des monatlichen Einkommens.

BAFÖG-KAHLSCHLAG-FRAUENFEINDLICH

In den 70er Jahren ist der Anteil der Frauen an weiterführenden Schulen und Hochschulen stark gestiegen. Der BAFÖG-Kahlschlag hätte zur Folge, daß gerade Frauen der Zugang zu höherer Bildung verbaut wird. Da besonders Frauen in den Bereichen studieren, in denen die Arbeitslosigkeit sehr groß und die Einkommenserwartungen sehr gering sind (z.B. Lehramt/ Sozialwesen) wird die Höhe der Verschuldung bei Frauen verstärkt zum Studienabbruch führen. Der Abschreckungseffekt wird noch dadurch erhöht, daß durch die herrschende Weiblichkeitsideologie die Frauen eher "bereit sind", auf den Besuch von weiterführenden Bildungseinrichtungen zu verzichten.

FÜR CHANCENGLEICHHEIT - GEGEN BILDUNG NUR FÜR REICHE!

Das Bafög hat zum Abbau sozialer Benachteiligungen beigetragen. Viele junge Menschen aus einkommensschwachen Familien haben nur deswegen Gymnasien, Fachschulen, Fachoberschulen, Abendschulen, Fachhochschulen und Universitäten besuchen können, weil sie durch Bafög gefördert wurden. Der Bafög-Kahlschlag der Bundesregierung soll dies für die Zukunft rückgängig machen. Bildung soll nur noch für Reiche möglich sein. An die Stelle der Förderung der sozial Benachteiligten soll die Förderung der ohnehin

Bevorzugten treten. Damit werden die Voraussetzungen für die Zweiteilung der Ausbildung in eine Elite und in eine Massenausbildung geschaffen. "Die CDU bekennt sich uneingeschränkt zur Förderung der Elite" - beschloss der letzte CDU-Parteitag. Wir lehnen diese konservative Elite-Konzeption ab. Damit sollen die erkämpften Bildungschancen für Arbeiterkinder wieder rückgängig gemacht werden.

BAFÖG-KAHLSCHLAG IST KERNSTÜCK DER REAKTIONÄREN WENDE IN DER BILDUNGSPOLITIK

Unmittelbar betroffen von den Bafög-Plänen der neuen Bundesregierung sind 520 000 Schüler und über 300 000 Studenten. Von der damit verbundenen Einschränkung des Familieneinkommens sind annähernd 3 Millionen Menschen berührt. Die Bafög-Liquidierung hat nicht nur soziale Konsequenzen für

die große Zahl der unmittelbar Betroffenen. Sie ist gleichzeitig Instrument für eine grundsätzliche Veränderung mit dem Ziel, den Bildungsbereich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu organisieren:

Über die Ausbildung eines Jugendlichen entscheidet nicht seine Eignung und Fähigkeit sondern der Geldbeutel seiner Eltern. Die Koppelung der Darlehens-Vergabe an "Leistungskriterien und Studiendauer" verstärkt Konkurrenz und Strebertum. Die Bildungsausgaben werden insgesamt eingeschränkt; unter dem Motto der Regierungserklärung "Weniger Staat - Mehr Markt" werden staatliche Ausgaben privatisiert. Die Darlehen sollen durch Banken finanziert werden. Dadurch entstehen neue Abhängigkeiten des Bildungssystems von privaten Geldgebern, wird der Einfluß der Unternehmer noch weiter ausgedehnt. Deshalb lehnen wir den Bafög-Kahlschlag als ersten Schritt in diese Richtung ab.

BAFÖG UND BILDUNG STATT ROTSTIFFT UND RÜSTUNG

Durch den Kahlschlag beim Bafög werden hunderttausende Jugendliche zusätzlich in die Arbeitslosigkeit getrieben. Angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit von knapp 2 Millionen Menschen fordert der DGB ein Beschäftigungsprogramm von mind. 50 Milliarden DM. Wir unterstützen eine grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir wissen das eine solche Politik finanzielle Voraussetzungen hat. Der Rüstungswettlauf muß zum Halten gebracht werden, Rüstungsgelder müssen eingespart werden. Durch die Erhebung einer Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe, die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und die Überprüfung der Investitionen können

weitere Gelder für eine Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit freigesetzt werden.

GLEICHSAMES HANDELN VON STUDENTEN, SCHÜLERN UND GEWERKSCHAFTEN NOTWENDIG!

Der Haushalt 83' und die damit verbundenen Bafög-Pläne sind die erste entscheidende Tat der neuen Bundesregierung. Wie stark und geschlossen wir dagegen Widerstand leisten, wird mitentscheiden über die weitere Perspektive: Ob es dieser Regierung gelingt, alle Bildungsreformen der 70ziger Jahre zu vernichten oder ob erkämpfte Rechte behauptet werden können. Der reaktionären Wende in der Bildungspolitik entgegen zu treten, ist gemeinsames Interesse von Studenten, Schülern und Gewerkschaften. Den Gewerkschaften ist es nicht egal, ob sich mit der konservativen Werteideologie wieder akademischer Ständesdünkel und Katzbuckelei an den Hochschulen durchsetzt. Die große Masse der Studenten erwartet längst eine Berufsperspektive in untergeordneter Tätigkeit. Deshalb treten wir für eine Ausbildung ein, die zu einer solidarischen Haltung zu den Kollegen im Labor, im Klassenzimmer, am Reißbrett oder in Büro erzieht. Deshalb ist das gemeinsame Handeln von Studenten, Schülern und Gewerkschaften notwendig.

WIR FORDERN:

- KEINE STREICHUNGEN DER AUSBILDUNGSFÖRDERUNG FÜR SCHÜLER!
- KEINE UMSTELLUNG DES STUDENTEN-BAFÖGS AUF VOLLDARLEHEN!
- IM BILDUNGSBEREICH DARF NICHT NOCH WEITER DURCH UNSOZIALE SPARMASSNAHMEN GEKÜRZT WERDEN!

Wir rufen Gewerkschaftskollegen, Studenten und Hochschullehrer, Schüler, Eltern und Lehrer auf:

BETEILIGT EUCH AN DER ZENTRALEN DEMONSTRATION
BILDUNG DARF KEIN PRIVILEG FÜR REICHE WERDEN!

V.i.S.d.P. Jochen Dietrich
Kaiserstr. 71
5300 Bonn 1